



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/1679
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

6. April 2022

Mein Aktenzeichen 2232-
0008#2022/0018-0301
343
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Dr. Michael Mensing
michael.mensing@mdi.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-3813
06131 16-17-3813

Sitzung des Innenausschusses am 23. März 2022
TOP 12: Folgen des Ukraine-Krieges für die innere Sicherheit und das
Zusammenleben in RLP
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/1502 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 23. März 2022 wurde die Übersendung des Sprechvermerks zu TOP 12 „Folgen des Ukraine-Krieges für die innere Sicherheit und das Zusammenleben in RLP“ zugesagt. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Sprechvermerk den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Randolf Stich
Staatssekretär

Anlage



Sitzung des Innenausschusses am 23. März 2022

TOP 12: Folgen des Ukraine-Krieges für die innere Sicherheit und das Zusammenleben in RLP

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 18/1502 -

Seit mehr als drei Wochen führt Russland Krieg in Europa. Die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine verstößt grob gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und gefährdet die Sicherheit und Stabilität in Europa und in der Welt. Wir sehen, wie unzählige Menschen vor dem Krieg in der Ukraine fliehen. Auch Rheinland-Pfalz bietet Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine vorübergehenden Schutz.

Seit Beginn des Krieges stehen die Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz in einem ständigen Austausch. Hierbei fließen auch die entsprechenden Erkenntnisse der Bundesbehörden in die Lagebewertung für Rheinland-Pfalz ein. Besonders im Fokus der Betrachtung stehen die Themenfelder kritische Infrastruktur und Cybersicherheit, Demonstrations- und Protestgeschehen, aber auch der Schutz amerikanischer Liegenschaften.

Aufgrund des Russland-Ukraine-Konflikts besteht ein erhebliches Bedrohungspotenzial im Cyberraum für Deutschland. Angriffe auf die kritische Infrastruktur, die zu Ausfällen oder temporärer Unterbrechung der Versorgung der Bevölkerung führen, können sich sehr schnell und mit vielen Facetten auf die innere Sicherheit auswirken. Die deutschen Sicherheitsbehörden gehen von einer erhöhten abstrakten Gefährdungslage aus, da mit russisch gesteuerten Cyberangriffen in Deutschland gegen KRITIS-Betreiber und -Unternehmen als Reaktion auf die Sanktionen der EU gegenüber Russland gerechnet wird. Derzeit liegen keine Erkenntnisse zu Aktivitäten ausländischer Staaten gegen KRITIS-Betreiber im Cyberraum mit Bezug zu Rheinland-Pfalz vor.

Um die Betreiber kritischer Infrastrukturen, Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen vor Angriffen zu schützen, hat der Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz frühzeitig, nämlich schon am 14. Februar 2022, die Steuerung von relevanten IT-



Informationen zur Prävention vor Cyberangriffen ausgelöst. Übermittelt wurden in diesem Zuge auch technische Indikatoren, mit deren Hilfe gezielt Kompromittierungen aus dem russischen Raum auf IT-Systeme erkannt und verhindert werden können. Eine landeseigene Cloud steht zur Verfügung, aus der tagesaktuell neueste Bedrohungsinformationen - auch automatisiert - abgerufen werden können. Diesen schnellen Informationsfluss durch die Bereitstellung spezieller Bedrohungsindikatoren in einer landeseigenen Cloud bietet derzeit nur Rheinland-Pfalz an. Die Rückmeldungen von Wirtschaftsverbänden, Wissenschaftseinrichtungen sowie von KRITIS-Infrastrukturbetreibern zeigen, dass die Warnung im Land angekommen ist und sehr ernst genommen wird. Es besteht bei den potentiell Betroffenen eine erhöhte Aufmerksamkeit, IT-Sicherheitsmaßnahmen werden ausgebaut und hochgefahren sowie IT-Informationsveranstaltungen von den Dachverbänden durchgeführt. Der Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz steht dabei beratend zur Verfügung. Natürlich informiert das Innenministerium auch auf seiner Homepage über sein aktuelles Informations- und Beratungsangebot.

Zur inneren Sicherheit gehört auch die Verhinderung der Verbreitung von Desinformationen. Seit 2017 führt die Russland zugeordnete Cybergruppierung „Ghostwriter“ cybergestützte Desinformationsoperationen gegen Politikerinnen und Politiker durch. Bis 2021 richteten sich diese schwerpunktmäßig gegen Ziele in Litauen, Lettland und Polen. Verbreitet werden gefälschtes oder verfälschtes Material als Pressemitteilungen offizieller Stellen, Korrespondenz von Regierungsstellen oder erfundene Zitate von politischen Amtsträgern. Aktuell hat „Ghostwriter“ t-online.de E-Mail-Adressen von Personen aus dem politischen Raum - auch aus Rheinland-Pfalz - angegriffen mit dem Ziel, über diese Personen Falschinformationen in den Sozialen Medien zu platzieren. In Rheinland-Pfalz wurde bisher keine Person des öffentlichen Lebens erfolgreich attackiert. Der Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz hat den Landtag informiert, eine Beratung angeboten und Material zur Sensibilisierung der Mandatsträgerinnen und -träger zur Verfügung gestellt.

Selbstverständlich steht der Verfassungsschutz zu den Entwicklungen im Russland-Ukraine-Konflikt und ihren Auswirkungen auf das Inland mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz in intensivem Austausch.



Der Schutz amerikanischer Einrichtungen in Rheinland-Pfalz genießt seit jeher hohe Priorität. Die Polizei steht hierbei im engen Austausch mit den verantwortlichen US-amerikanischen Stellen. Für den Schutz amerikanischer Einrichtungen sind die zuständigen regionalen Polizeipräsidien nochmals sensibilisiert worden. Russische und ukrainische Objekte in Rheinland-Pfalz sind erhoben worden. Die Polizeipräsidien führen dort lageabhängig Schutzmaßnahmen durch.

Das Landeskriminalamt (LKA) erstellt täglich ein Lagebild zum Russland-Ukraine-Konflikt. Hierzu wurde am 24. Februar 2022 eine Informationssammelstelle Russland-Ukraine-Konflikt eingerichtet. Basis sind u.a. die Mitteilungen der regionalen Polizeipräsidien an das LKA zu Sachverhalten und Versammlungslagen im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Konflikt. Mit Stand vom 22. März 2022 sind in Rheinland-Pfalz insgesamt 199 Versammlungen polizeilich bekannt geworden. Für den Zeitraum 22. März bis zum 10. April 2022 sind darüber hinaus 25 weitere Versammlungen in diesem Kontext angemeldet worden.

Zur Kriminalitätsslage ist anzuführen, dass es nach Mitteilung der Polizeipräsidien bisher zu mehreren Sachbeschädigungen durch Besprühen von Häuserfassaden, Supermarktgebäuden, einer Litfaßsäule sowie eines Bürogebäudes kam. Dort waren Parolen wie „Putin stirb“ oder „Putin Mörder“ zu lesen. Zudem sind verbale Streitigkeiten, Beleidigungs- und Körperverletzungsdelikte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine polizeilich festgestellt worden, welche überwiegend einen Russland- und Putin-kritischen Charakter hatten.

Strafrechtlich relevante Fälle im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Konflikt befinden sich noch in der Sachbearbeitung und können demnach insgesamt noch keinen Eingang in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) gefunden haben. Die PKS ermöglicht Auswertungen auch nur zu Staatsangehörigkeiten. Eine Auswertung zu russisch- und ukrainischstämmigen Deutschen bzw. Spätaussiedlern entsprechend dem vorliegenden Berichtersuchen ist über die PKS nicht valide möglich.

Gemäß des täglichen Lagebildes des LKA zu den Straftaten in diesem Kontext sind der Polizei 36 Sachverhalte bekannt geworden (Stand: 22. März 2022). 30 der 36 Sachverhalte lag eine strafrechtliche Relevanz zu Grunde. In der überwiegenden



Anzahl dieser 30 strafrechtlich relevanten Fälle sind die Geschädigten russische Staatsangehörige.

Die Sicherheitsbehörden analysieren die Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz und insbesondere die genannten Themenfelder Cybersicherheit, Kriminalitätslage und Schutz amerikanischer sowie russischer und ukrainischer Liegenschaften fortlaufend. In einem weiteren Schritt prüfen sie mögliche Auswirkungen und leiten in der Folge anlassbezogene Maßnahmen ein. Konkrete Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts auf die innere Sicherheit sind für Rheinland-Pfalz gegenwärtig nicht festzustellen.